



Willkommen zur sechsten Ausgabe des NAT-Bulletins!

Während sich die Bürger ihr früheres Leben zurückwünschen und die Lockdown-Maßnahmen und Ausgangsbeschränkungen schrittweise gelockert werden, bemühen sich die Regierungen, angemessene Lösungen für all die durch die COVID-19-Pandemie verursachten Probleme zu finden. Zudem ist das volle Ausmaß der Auswirkungen noch nicht bekannt. Eines ist jedoch sicher: Die Gesundheitskrise hat unser Leben und unsere Gesellschaft in vielerlei Hinsicht nachhaltig geprägt und die Rückkehr zur Normalität wird außerordentlich viel Zeit und Anstrengungen kosten.

Aus Ihren Beiträgen zur COVID-19-Plattform des Ausschusses der Regionen geht hervor, dass aktive lokale und regionale Gebietskörperschaften tatsächlich etwas bewirken können.

Bitte berichten Sie uns unter covid19@cor.europa.eu weiter von Ihren Erfahrungen. Zudem steht Ihnen das Sekretariat der Fachkommission NAT unter nat@cor.europa.eu jederzeit zur Verfügung. Und vor allem: Bleiben Sie gesund!

Ulrika Landergren (SE/RE), Vorsitzende der Fachkommission NAT

Tourismus- und Verkehrspaket

Gute Neuigkeiten für den Tourismus und den Verkehrssektor: Am 13. Mai legte die Europäische Kommission ein Paket mit Leitlinien und Empfehlungen vor, um die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, die Reisebeschränkungen schrittweise wieder aufzuheben, und es den Tourismusunternehmen zu ermöglichen, nach dem mehrmonatigen Lockdown unter Einhaltung der notwendigen Gesundheitsschutzmaßnahmen ihren Betrieb wieder aufzunehmen. Das Paket „Tourismus und Verkehr“ der Kommission umfasst:

- eine Gesamtstrategie für die wirtschaftliche Erholung im Jahr 2020 und darüber hinaus;
- einen gemeinsamen Ansatz bei der schrittweisen und koordinierten Wiederherstellung der Freizügigkeit und Aufhebung der Beschränkungen an den Binnengrenzen der EU;
- einen Rahmen zur Unterstützung der schrittweisen Wiederherstellung des Verkehrs bei gleichzeitiger Gewährleistung der Sicherheit der Fahrgäste und des Personals;
- eine Empfehlung, die darauf abzielt, Reisegutscheine zu einer für die Verbraucher attraktiven Alternative zur Barerstattung zu machen;
- Kriterien für die sichere und schrittweise Wiederaufnahme touristischer Aktivitäten und für die Entwicklung von Gesundheitsprotokollen für Einrichtungen des Gastgewerbes wie Hotels.

Nähere Informationen und einen Link zu allen Dokumenten finden Sie unter:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_854

COVID-19: Zusage von 117 Mio. EUR für Therapien und Diagnosen im Rahmen der Initiative Innovative Arzneimittel

Am 13. Mai kündigte die Kommission an, dass acht groß angelegte Forschungsprojekte, die auf die Entwicklung von Therapie- und Diagnosemöglichkeiten zur Bekämpfung des Coronavirus abzielen, im Zuge einer im Eilverfahren durchgeführten Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen ausgewählt wurden. Die Initiative Innovative Arzneimittel (IMI), eine öffentlich-private Partnerschaft, veröffentlichte die Aufforderung im März. Um mehr Vorschläge von besonderer Qualität finanzieren zu können, erhöhte die Kommission über das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 die Mittel von den ursprünglich vorgesehenen 45 auf 72 Mio. EUR. Weitere 45 Mio. EUR werden von der pharmazeutischen Industrie, assoziierten Partnern der IMI und anderen Organisationen bereitgestellt, die an den Projekten beteiligt sind, sodass sich das gesamte Investitionsvolumen auf 117 Mio. EUR beläuft.

Weitere Informationen und Links unter:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_837

Lieferung von Masken inner- und außerhalb der EU

Nun erhielten auch Nordmazedonien und Montenegro FFP2-Schutzmasken aus dem rescEU-Vorrat – der ersten gemeinsamen europäischen Notfallreserve für medizinische Ausrüstung, die zur Unterstützung der vom Coronavirus betroffenen Länder eingerichtet wurde –, nachdem bereits Spanien, Italien und Kroatien mit 330 000 Masken beliefert worden waren. Weitere Lieferungen werden folgen.

Darüber hinaus sind die ersten 1,5 Millionen OP-Masken zum Schutz des Gesundheitspersonals vor dem Coronavirus in 17 Mitgliedstaaten und das Vereinigte Königreich geliefert worden. Über die nächsten sechs Wochen werden wöchentlich weitere 1,5 Millionen der insgesamt 10 Millionen Masken versendet, die die Kommission über das Soforthilfeinstrument erworben hat.

Die ersten Mitgliedstaaten, die den rescEU-Vorrat aufnehmen, sind Rumänien und Deutschland. Als Aufnahmestaaten sind sie für die Beschaffung der Ausrüstung zuständig. Die Bestände, bspw. persönliche Schutzausrüstungen, werden zu 100 % von der Kommission finanziert.

Link zur Pressemitteilung: https://ec.europa.eu/echo/news/coronavirus-resceu-masks-delivered-spain-italy-and-croatia_en

Näheres zum Europäischen Katastrophenschutz und zur humanitären Hilfe erfahren Sie hier:
https://ec.europa.eu/echo/news/coronavirus-further-resceu-masks-delivered-north-macedonia-and-montenegro_en

Weitere Informationen zur Mittelausstattung finden Sie hier:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_837

Zusätzliche Unterstützung für Flüchtlinge und Migranten in Griechenland

Griechenland erhält zusätzliche Unterstützung im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union, um Flüchtlinge und Migranten vor dem Coronavirus zu schützen, nachdem das Land dieses Verfahren aktiviert und um Hilfe bei der Unterbringung, Hygieneartikel sowie medizinische Hilfsgüter gebeten hat.

Daraufhin haben die Tschechische Republik, Dänemark, Frankreich und die Niederlande spezielle Container für die Unterbringung und medizinische Versorgung von Flüchtlingen und Migranten angeboten. Die EU wird diese Hilfe für Griechenland koordinieren und mitfinanzieren.

Link zur Pressemitteilung: https://ec.europa.eu/echo/news/coronavirus-eu-channels-further-assistance-greece-protect-refugees-and-migrants_en

Französisches MdEP schlägt „EU-Notapotheke“ vor

Laut einem in POLITICO veröffentlichten Artikel hat Nathalie Colin-Oesterlé (EVP), französisches MdEP, eine Entschließung zur Bekämpfung des Arzneimittel mangels in der EU ausgearbeitet. Im Zeitraum von 2000 bis 2018 hat der Mangel an bestimmten Arzneimitteln um das 20-Fache zugenommen, wobei sich die Lage durch die aktuelle COVID-19-Krise noch verschärft hat. In der Entschließung schlägt Frau Colin-Oesterlé mehrere Lösungen vor, die von rescEU als Nothilfeapotheke der EU über die Bevorratung lebenswichtiger Arzneimittel und Impfstoffe als Notfallreserve für die EU-Länder bis hin zur Wiederansiedelung der Lieferketten für lebenswichtige Medikamente in der EU reichen. Ihr zufolge soll Ende Juni im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit darüber abgestimmt werden.

Link zur Pressemitteilung: <https://pro.politico.eu/news/french-mep-proposes-eu-emergency-pharmacy-to-fight-drug-shortages-coronavirus>

Aus der Krise gezogene Lehre: Die EU braucht eine ständige Interventionseinheit für medizinische Notfälle

Victor Negrescu (S&D-Fraktion), rumänisches MdEP, schreibt in Euractiv, dass der EU zwar die Rechtsgrundlage und die nötigen Ressourcen fehlen, um die Bekämpfung der Pandemie zu koordinieren, da die nationale Gesundheitspolitik nach wie vor in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt, sich die Realität in der EU jedoch am besten anhand von Akten der Solidarität und Menschlichkeit beschreiben lässt, wie etwa rumänische Ärzte und Krankenschwestern, die sich um italienische Patienten kümmern, oder italienische und französische Staatsbürger, die in deutschen Krankenhäusern behandelt werden. Herr Negrescu betont, dass sich die EU an die neuen Umstände anpassen und ständige Mechanismen für ein schnelles Eingreifen schaffen muss. Als eine Möglichkeit schlägt er den EU-Institutionen vor, eine EU-weite Interventionseinheit für medizinische Notfälle einzurichten, ein *blaues* medizinisches EU-Korps, das in Krisen- oder Notsituationen rasch eingesetzt werden kann. Die erforderliche Ausrüstung könnte über den Mechanismus der rescEU-Reserve bereitgestellt werden. Darüber hinaus erachtet er den bestehenden Koordinierungsmechanismus – das EU-Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen – als unzureichend für die derzeitigen Bedürfnisse. Seines Erachtens sollte er zu einem dauerhaften, flexiblen und angemessen finanzierten Instrument ausgebaut werden.

Link zur Pressemitteilung: <https://www.euractiv.com/section/coronavirus/opinion/lessons-learned-we-need-a-permanent-eu-medical-emergency-unit/>

Ernährung während des Lockdowns

Gemäß einer neuen Umfrage geben die Verbraucher während des Lockdowns mehr Geld für frisches Obst und Gemüse und weniger für Fertiggerichte aus und ernähren sich somit gesünder. Während der Pandemie probieren sie auch neue Rezepte aus und achten auf eine bessere Resteverwertung, wodurch sie weniger Lebensmittel verschwenden. Dies könnte an ihrer Angst vor einer Lebensmittelknappheit angesichts leerer Supermarktregale aufgrund von Versorgungsengpässen während der Pandemie liegen. Mitte März wurden in der EU nicht lebensnotwendige Geschäfte geschlossen, während Lebensmittelläden, Supermärkte und Apotheken geöffnet blieben. Dies hatte erhebliche Auswirkungen auf das Einzelhandelsvolumen verschiedener Vertriebskanäle. Im März 2020 nahm der Einzelhandel mit Lebensmitteln (einschließlich Getränken und Tabak) im Vergleich zu den in den letzten zehn Jahren im selben Monat verzeichneten durchschnittlichen Wachstumsraten deutlich zu. Die EU-Mitgliedstaaten mit dem größten Wachstum sind Luxemburg (+ 20 %), Irland (+ 14 %) und Belgien (+ 13 %).

Link zur Pressemitteilung: <https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-eurostat-news/-/DDN-20200507-2?inheritRedirect=true&redirect=/eurostat/en/news/whats-new>

Weitere Informationen zum Verbraucherverhalten: <https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-food/locked-down-shoppers-turn-to-vegetables-shun-ready-meals-idUSKBN22P17V>

Licht am Ende des Tunnels

Slowenien erklärte am 14. Mai als erster Mitgliedstaat offiziell die COVID-19-Pandemie für beendet. Slowenien hatte in den vergangenen zwei Wochen täglich weniger als sieben neue Coronavirus-Fälle zu verzeichnen. Zur Vermeidung einer möglichen Ausbreitung der Infektion müssen die slowenischen Bürgerinnen und Bürger weiterhin einige Grundregeln befolgen, wie das Tragen von Masken in geschlossenen öffentlichen Räumen und die Abstandsregel. Nächste Woche kehren einige Schülerinnen und Schüler in die Schule zurück und Bars und Restaurants dürfen wieder öffnen.

Link zur Pressemitteilung: <https://www.euractiv.com/section/coronavirus/news/slovenia-calls-an-official-end-to-its-coronavirus-epidemic/>

Weitere Informationen über die von Slowenien ergriffenen Maßnahmen finden Sie hier: <https://www.delo.si/novice/slovenija/pred-vrati-recesija-morda-tudi-depresija-308829.html>

Beispiele aus den Regionen über die COVID-19-Austauschplattform des AdR

Zahlreiche Beiträge der europäischen Regionen erreichen uns über unsere COVID-19-Austauschplattform, die uns über zusätzliche Maßnahmen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ergänzend zu den Anstrengungen der Mitgliedstaaten informiert:

Wirtschaftliche Maßnahmen in der Region Madrid

Die Region Madrid hat einen Hilfsdienst für vom Coronavirus betroffene Mieter eingerichtet. Die Regierung der Region Madrid hat eine Initiative ins Leben gerufen, um Mietern bei der Bewältigung ihrer aktuellen wirtschaftlichen Situation infolge des Coronavirus zu helfen. Daher soll in den folgenden Tagen eine Umfrage durchgeführt werden, um festzustellen, welche Mieter sich in einer prekären wirtschaftlichen Lage befinden. Nach dieser Auswahl wird die Regierung als Mittler zwischen beiden Seiten fungieren, um eine für alle vorteilhafte Lösung zu finden. Die Regierung der Region Madrid hat einen Plan zur finanziellen Unterstützung von KMU und Selbstständigen verabschiedet, um sie bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise zu unterstützen. Für den Plan werden 220 Mio. EUR bereitgestellt, von denen 68,2 Mio. EUR als Wirtschaftshilfe eingesetzt werden, während der Rest für die Finanzierung mittels Bürgschaften dient.

Mosina fragt Unternehmen, was sie brauchen, um auf die Krise zu reagieren

Die Stadt Mosina ist sich im Klaren darüber, dass die COVID-19-Pandemie viele Teile der Bevölkerung getroffen hat und für alle eine Herausforderung darstellt. Daher hat sie zahlreiche Maßnahmen zur Unterstützung der Unternehmen und der Bevölkerung ergriffen. Um den Unternehmern zu helfen, hat die Stadt unter den Privatunternehmern eine Umfrage durchgeführt und ihnen Steuererleichterungen, einschließlich Steuerermäßigungen oder der Gewährung eines Gebührenaufschubs, angeboten. Seit dem 30. März bietet die Stadt mithilfe von Freiwilligen in Zusammenarbeit mit der Caritas des Erzbistums von Posen (Poznań) und dem Zentrum für Senioreninitiativen einen Dienst für Senioren an, der ihnen beim Einkauf von Lebensmitteln und Medikamenten hilft, damit sie nicht aus dem Haus gehen müssen. Die Bürgerinnen und Bürger können diese Hilfe telefonisch beantragen.

Beispielhafte grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Niederschlesien (Polen) und dem Freistaat Sachsen (Deutschland) in der COVID-19-Krise

Am 22. April kamen 100'000 Gesichtsmasken zum Schutz vor dem Coronavirus in Niederschlesien an. Diese Masken wurden Niederschlesien von seiner Partnerregion, dem Freistaat Sachsen in Deutschland, gespendet; dabei handelt es sich je zur Hälfte um FFP2-Masken und OP-Masken. Da die polnische Regierung seit Kurzem das Tragen eines Gesichtsschutzes außerhalb der Wohnung vorschreibt, war der Marschall der Woiwodschaft Niederschlesien Cezary Przybylski für diese Hilfe aus Sachsen sehr dankbar.

Einige Tage zuvor waren bereits 1'000 Schutzanzüge und 2'000 Masken aus Sachsen eingetroffen. Diese Zusammenarbeit zwischen Sachsen und Niederschlesien erstreckt sich auch auf die COVID-19-Tests, wobei die Labors in Dresden mitunter täglich 200 Proben aus Niederschlesien untersuchen. Seit dem 24. April sind in Deutschland mehr als 3'000 Proben polnischer Staatsbürger auf COVID-19 getestet worden.

Weitere Beiträge finden Sie auf der COVID-19-Austauschplattform:
<https://cor.europa.eu/en/engage/Pages/covid19-stories.aspx>

COVID-19 in ausgewählten Partnerländern

<https://cor.europa.eu/en/our-work/Pages/civex-covid-19.aspx> Auf dieser von der Fachkommission CIVEX des AdR erstellten Seite werden anhand der von den Partnern des AdR bereitgestellten Daten Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und weitere einschlägige Informationen aus ausgewählten Partnerländern präsentiert. Der Europäische Ausschuss der Regionen steht in regelmäßigem Kontakt mit Partnern aus den Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern, den Ländern der Östlichen Partnerschaft, den Partnerländern im Mittelmeerraum und weiteren Ländern.

